

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 30. Oktober 1925

Fünfunddreissigtausend Ferienkinder!

Die Arbeit des Wiener Jugendhilfswerkes 1925.

In Anwesenheit des Bundespräsidenten Dr. Hainisch, des Bürgermeisters Seitz, des amtsführenden Stadtrates Professors Dr. Tandler, des Leiters des Volksgesundheitsamtes Dr. Scherer, der Abgeordneten Amalia Seidel, des Sektionschefs Dr. Löwenthal, des Regierungsrates Dr. Lederer, sowie des Präsidenten der Wiener Urania Dr. Kössler, zahlreicher öffentlicher Funktionäre aus Wien-Niederösterreich, Steiermark und dem Burgenland, Vertretern der Presse und der großen Fürsorgeverbände hielt am Donnerstag im großen Saal der Wiener Urania der Leiter des Wiener Jugendhilfswerkes Magistratssekretär Dr. Franz Breunlich, einen Vortrag über die Leistungen des Wiener Jugendhilfswerkes auf dem Gebiete der Erholungsfürsorge, der von zahlreichen Lichtbildern begleitet war.

Anlässlich seiner Teilnahme am ersten allgemeinen Kinderschutzkongress in Genf konnte der Vortragende feststellen, daß alle europäischen Staaten in der Organisation der Wiener Erholungsfürsorge ein Musterbeispiel der Zusammenarbeit erblicken, das sie leider in ihrem Lande noch nicht erreicht haben. Es ist tatsächlich eine geschlossene Kette aller an diesem Zweig der produktiven Fürsorge interessierten Kreise, die im Wiener Jugendhilfswerk ihre Arbeitsgemeinschaft haben.

Bund und Gemeinde Wien, Krankenkassen und Bundesbahnen, Sparkassen, Elternvereine und die gesamte Wiener Bevölkerung helfen das große Werk schaffen. Geldbeihilfen, Fahrpreisermäßigungen, Vorzugszinsen für die Einleger der ^{Ferierspar-} eiarichtung, Geb.äude und und kostenlose Arbeitskräfte werden für die Kräftigung unseres Nachwuchses bereitgestellt, um eine Kinderzahl, die der gesamten Bevölkerung der Stadt Salzburg entspricht, im Sommer durch fünf bis sechs Wochen auf Erholung zu entsenden. Dieses gewaltige Fürsorgewerk ist nur möglich, weil im Kuratorium des Wiener Jugendhilfswerkes, an dessen Spitze Universitätsprofessor Dr. Julius Tandler steht, die Vertreter sämtlicher politischer Parteien einträchtig zusammenarbeiten. Die Auswahl der Kinder erfolgt auf Grund der schulärztlichen Befunde, die Unterbringung geschieht bei viertausend Kindern tagsüber in Tageserholungsstätten an der Grenze von Wien, bei 31.000 in Ferienheimen.

Durch die Sammlung „Kinderrettungswoche“, durch einen Sonderbeitrag der Gemeinde Wien für die Schützlinge des städtischen Jugendamtes und durch Leistungen der Elternvereine konnten heuer fünftausend Freiplätze gewährt werden. Das Leben und Treiben in den Heimen wurde in künstlerischen stimmungsvollen Bildern, die zum großen Teile vom Lichtbildkünstler Sepp Nowak angefertigt wurden, vorgeführt. Die vorzüglichen Bilder des Bürgermeisters, der Stadträte Breitner und Professor Dr. Tandler stammen von Theo Bauer. Die überwältigende und stimmungsvolle Darstellung des Vortragenden wurde mit reichem Beifall belohnt.

Hundswut. Am 23. Oktober wurde am Vorkai zwischen Franzens- und Verbindungsbahnbrücke im dritten Bezirk ein wutkranker Hund - Spitzbastard (Männchen) weiss mit schwarzen Flecken - aufgegriffen. Der Eigentümer oder Personen, die über den Hund nähere Angaben machen können, werden ersucht, sich beim Magistratischen Bezirksamt Landstrasse in der Veterinärabteilung, zu melden.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

ZWEITE

Wien, am Freitag, den 30. Oktober 1925

AUSGABE

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 30. Oktober 1925

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Ohne Wortmeldung werden auf Antrag des Gemeinderates Hies für den Wiener Unterstützungsverein für ans der Haft Entlassene und für den Verein für Aquarien „Danio“ und die Vereinigung bildenden Künstler Oesterreichs „Secession“ Subventionen bewilligt. Auf Antrag des Gemeinderates Iser wurde für den Bau der Grossgarage für den städtischen Lastkraftwagenbetrieb in Hernals ein Betrag von 307.000 Schilling bewilligt.

Angenommen werden noch ohne Debatte die Anträge der Gemeinderäte Fischer auf Bewilligung eines Zuschusskredites für Gasrohrlegungen in der Höhe von 400.000 Schilling und eines Sachkredites für den Ausbau der Hochspannungs-Schaltanlage der Unterstation Alsergrund der Elektrizitätswerke von 160.000 Schilling, ferner auf Herstellung der Unter Meidlingerstrasse von der Triesterstrasse bis zu Windtenstrasse, auf Neubau eines Kanals in Simmering, Ausbesserung des Gehsteiges entlang des Kunsthistorischen Museums, Neupflasterung der Sieveringerstrasse bis zum Gspöttgraben, der Herzgasse, Endergasse, Dorfplatzergasse, Karl Czernygasse, Erweiterung des Abwasserhebewerkes in Kaisermühlen, Zuschusskredite für den städtischen Sanitätsbetrieb von 50.120 Schilling, Anträge des Gemeinderates Jenschik auf Instandsetzungsarbeiten in der Quarantänestation Arsenalstrasse und im Notspital Meidling, Auswechslung eines Kochkessels in der Heilanstalt Ybbs an der Donau, Zuschusskredite für den Betrieb städtische Dampfwascherei, Anträge des Gemeinderates Kopriwa auf Zuschusskredite für den Ankauf von Grundstücken, des Stadtrates Richter auf Gewährung eines Zuschusskredites von 6000 Schilling für die Stadtbibliothek, des Gemeinderates Schütz auf Aenderung von Baulinienbestimmungen, des Stadtrates Tandler auf Zuschusskredite für das Karolinen-Kinderspital, Zuschusskredite für Pflegeerfordernisse im Versorgungsheim Lainz und schliesslich werden die Einwendungen der Heleute Trnka gegen das Bauvorhaben der Gemeinde zur Errichtung eines Wohnhauses auf dem Baublock Thurygasse-Marktgassee-Salzgasse abgelehnt.

G.R. Fischer beantragt für den Ausbau der Hochspannungsschaltanlage der Unterstation Alsergrund der B-Werke und für den Ausbau einer Handwerksstätte im Anschluss an diese Station Sachkredite von 160.000 S und 9.000 S zu bewilligen.

G.R. Panosch (chr. soz.) bemängelt, daß solche große Anschaffungen aus Gebarungsmitteln bestritten werden.

Der Referent entgegnet, hier handle es sich nicht um Neuanschaffungen, sondern um den Ausbau bestehender Anlagen.

Die beiden Sachkredite werden bewilligt.

G.R. Grolig (soz. dem.) beantragt für den Betrieb der städtischen Bäckerei im X. Bezirk Spinnerin am Kreuz Zuschusskredite von zusammen 30.568 S und begründet diesen Antrag mit Mehrerfordernissen infolge Einstellung von drei neuen Arbeitskräften und der Steigerung der Sachregion.

G.R. Körber (Chr. soz.) vermisst eine genauere Begründung des Referentenantrages. Es wäre auch notwendig einmal etwas über die Herstellungskosten des Gebäudes zu erfahren. Nach Ansicht der Fachkreise sei die Errichtung dieser städtischen Bäckerei überhaupt vollständig unnötig gewesen, es sei zu vermuten, daß die ganzen Anlagen mehr minder Parteizwecken dienlich. Die Minderheit könne schon für dieses Referat nicht stimmen.

Der Referent erwidert, die Bäckerei beliebere ausschließlich Gemeindeanstalten und arbeite nur zu Selbstkostenpreisen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

G.R. Grünfeld (soz. dem.) beantragt einen Kredit von 29.000 S für den Zubau der Leichenhalle auf dem Südwestfriedhof.

G.R. Kurzbaner (chr. soz.) erklärt, sie müsse auf die jeder Pietät hohnsprechende Art aufmerksam machen, wie mit den aufgelassenen Gräbern umgegangen werde. Solche Gräber werden oft vergeben, ohne daß man die Angehörigen vorher verständigt und so ereignen sich Fälle, daß Angehörige zur letzten Ruhestätte ihrer Lieben kommen und einen frischen Grabhügel, sowie einen neuen Grabstein mit fremden Namen vorfinden. Merkwürdiger Weise dürfen im Urnenhain des Krematoriums keine Grablaternen angebracht werden, was selbst sozialdemokratischen Hinterbliebenen gar nicht recht ist. Als sich eine Partei einmal beim Inspektor beschwerte, habe dieser leichtsinig entgegnet: „Wer sich verbrennen läßt, hält auch nichts auf einen solchen Klimbim.“ (Entrüstung bei den Christlichsozialen. G.R. Kunschak: Das ist eine Frechheit eine beispieldlose Gefühlsrohheit!) Schliesslich ist der Vorgang zu bemängeln, daß beim Verkauf von Grabstellen die Ueberreste der früheren Leiche an Ort und Stelle belassen werden. Rednerin stellt den Antrag, die Besitzer von Eigengräbern wären rechtzeitig schriftlich von dem Ablauf ihres Besitzrechtes zu verständigen; die Käufer von Eigengräbern sind zu verständigen, daß schon jemand in diesem Grabe ruht und es ist ihr Einverständnis mit dieser Tatsache einzuholen.

G.R. Binder (chr. soz.) vermisst in der neuen Leichenhalle eine Trennung des Aufbahrungs- von Einsegnungsraum. Infolgedessen müssen die Einsegnungen in den Raum, wo die Leichenaufgebahrt sind, erfolgen, was zu Unzukömmlichkeiten führe. Tadelnswert sei der Zustand der Wege und Anlagen des Zentralfriedhofes. Besonders des hinteren Teiles. Dort sind Wegzeichen und Tafeln verwittert, man kann sich in den Grabstellen gar nicht zu-rechtfinden, die Wege sind ungepflegt, stellenweise total verlottert.

G.R. Jiltsch (Chr. soz.) bemerkt, das Gelegenheit benützen zu wollen, um auf das nach Anschauung vieler Leute entsetzlich geschmacklos ausgestattete Eingangstor zur Leichenhalle des Ottakring erfriedhofes aufmerksam zu machen. Die Einfassung ist ultramarin-blau gestrichen, die Eisengitter grell rot, der Untergrund hellgelb, ein reined Farbenspiel, das der Würde des Ortes gar nicht entspricht. Der Gesamteindruck ist der einer Kinopforte oder des Eingangs zu einem Variete-theater.

In seinen Schlussworte erwidert der Referent auf die vorgebrachten Beschwerden. Die Verständigung der Besitzer von aufgelassenen Gräbern ist leider in Wien unmöglich, weil man ein derartiges Kataster nicht führen und in Ordnung halten könnte. Verfallene Gräber werden durchaus nicht sogleich vergeben, sondern bleiben noch ein Jahr frei und erst wenn sich dann niemand meldet, erfolgt der Wiederbelag. Man muß bedenken, daß viele Tausende Besitzer solcher

2

Grabstellen im Auslande weilen und gar nicht erreicht werden können oder gestorben sind. Eine Evidenzführung ist da gar nicht möglich. Bei Wiedervergebung von Gräbern werden alle Reste herausgenommen. Auf die Beschwerde des Gemeinderates Binder wäre zu erwidern, daß auf dem Südwestfriedhof früher überhaupt keine Aufbahrungshalle bestanden habe. Die vom G.R. Ullreich geübte Kritik an dem Eingangstor sei durch - aus subjektiv, die Ausschmückung ist von einem akademischen Maler vorgenommen worden und es gibt viele Leute die sich darüber lobend geäußert haben.

G.Rätin Kurzbaauer berichtet tatsächlich, es sei ihr ein Fall bekannt, daß ein Grab frisch belegt wurde und die Ueberreste des früher Bestatteten darin zurückgeblieben sind. Die Grabstelle wurde dann von dem früheren Besitzer um 2 ½ Millionen Kronen zurückgekauft.

Vorsitzender Bürgermeister Seitz bemerkt, wenn die Behauptungen der Frau G.R. Kurzbaauer mit den Tatsachen übereinstimmen, liege ein Versehen eines Beamten vor. Frau G.R. Kurzbaauer möge eine Anzeige mit den näheren Daten erstatten, um die Einleitung einer Untersuchung zu ermöglichen. Es wird dann gegen den Schuldtragenden vorgegangen werden.

Die Referentenanträge werden sodann angenommen, der Antrag Kurzbaauer abgelehnt.

G.R. Hieß (soz. dem.) beantragt eine Subvention von 500 S für die Jugendschriftenstelle für blinde Kinder. Wie im Vorjahre soll auch heuer der Jugendschriftenstelle Gelegenheit gegeben werden, eine Anzahl von Büchern, die der Stadtschulrat approbiert, herauszugeben.

G.R. Merbau (chr. soz.) bemängelt, daß der Betrag von 500 S äußerst gering sei. In Wirklichkeit aber sei der Zweck dieser Subvention nur, die Bibliothek durch marxistische Bücher zu veredeln, wie es Max Winter wünscht. Hier sei noch etwas über den Sammeltag der Blinden zu sprechen. Der Verband der Blindenvereine Oesterreichs, ⁱⁿ dem eine Reihe von Vereinen, darunter auch der Verein „Die Purkersdorfer“ vorkommt, umfaßt über 1300 Blinde. Nun wäre man der Meinung, daß alle Vereine etwas davon abbekommen. Nun hat man den Verein mitgeteilt, daß sein Verbleib nur unter einer Bedingung möglich sei: Daß nämlich der Punkt, worin festgelegt wird, daß christliche Mitglieder aufgenommen werden, fallen gelassen wird. Die Frage ist, ob auch der jüdische Blindenhilfsverein, ^{der} dem Verband ebenfalls angehört, auch diesen Punkt seines Statuts ändern muß. Am 28. Jänner erschienen im Präsidialbüro die Vertreter eines kleineren Blindenvereines, um eine Subvention zu erlangen. Sie wurden vom Magistrats-Direktor empfangen, der eine ganz andere Form der Antwort hätte finden müssen. Er meinte, ein Verein von 100 Blinden sei ja ~~gar~~ sozusagen ein Pimperlverein, der selbstverständlich keinen Anspruch auf eine Subvention hat. Bei dieser Antwort hätte man doch Rücksicht nehmen müssen auf die armen Blinden, die eine so schroffe Abweisung bedeutend schmerzlicher empfinden müssen, als Sehende.

Bürgermeister Seitz erklärt, daß er den im Sitzungssaal nicht anwesenden Magistrats-Direktor gegen die Angriffe in Schutz nehmen müsse, da er stets Gelegenheit habe, zu beobachten mit welcher Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Verkehr mit Beamten und Parteien sich vollziehe. Es ist unangebracht, die Person des ersten Funktionärs, so herabzusetzen. Was die Beschwerden selbst anbelangt, so ist im Gemeinderat nicht Gelegenheit, darüber zu sprechen, da diese Agenden in die Kompetenz des Landeshauptmannes fallen. Bekanntlich ist man darüber übereingekommen, daß an Stelle der vielen kleinen Sammlungen nur zwei große veranstaltet werden: Für die Barmherzigen Brüder, ^{den} Blindenverband und die Rettungsgesellschaft. Wenn eine Beschwerde im

konkreten Fall am Platz ist, so möge sie schriftlich eingebracht werden, damit man die Sache nachprüfen kann. Es muß genau überlegt werden, bis zu welchem Grade man überhaupt auf die Verwendung des Sammlungsergebnisses Einfluß nehmen kann. Man kann nicht fordern, daß sich der Landeshauptmann gegebenenfalls etwa im Spital der Barmherzigen Brüder umsehe, wie die aufgebrauchten Mittel aufgewendet werden. Von einem staatlichen Funktionär, und der Landeshauptmann ist in diesem Falle staatlicher Funktionär, kann man nur verlangen, daß er gleiches Recht für alle walten läßt.

von

F.R. Hieß weist darauf hin, daß unter den Büchern, die von G.R. Merbau als marxistisch bezeichnet wurden, schon die Titel deutlich zeigen, daß davon keine Rede sein kann. Es finden sich hier Märchen, Wiener Sagen, die Höhlenkinder von Sommeithner, St. orn's Regentrude, Stifter, Bonsels Biene Maja. Der Antrag angenommen.

G.R. Brozyner erstattet den Rechenschaftsbericht der städtischen Versicherungsanstalt. Die Entwicklung dieser Anstalt ist im Jahre 1924 äußerst erfreulich fortgeschritten und besonders in der Elementarversicherung sehr gestiegen. Während die Lebensversicherung den Betrag von 8'2 Milliarden Kronen ausmacht, beträgt die Summe der Elementarversicherungen das Doppelte, nämlich 16'4 Milliarden Kronen. Wie schon das abgelaufene Geschäftsjahr sich äußerst günstig gestaltete, so läßt sich dies auch für die Zukunft der Anstalt voraussehen.

G.R. Untermüller begrüßt die aktive Gebarung der Anstalt. Redner fragt, wie es mit der Valorisierung von Leibrenten stehe. Hier hätte die städtische Versicherungsanstalt mit dem guten Beispiel vorangehen können. Wenn man die Werbetätigkeit besonders begrüßen muß, so wäre es notwendig, daß hier gewisse Grenzen eingehalten würden. So findet sich in einem in Salzburg erschienenen Rupert-Kalender eine ganzseitige Anzeige der Anstalt, wo darauf hingewiesen wird, daß die Gründung im Jahre 1898 unter Lueger erfolgte. Vergleicht man dagegen die Inserate, wie sie in Wien gebracht werden, so kann man diese Art nur eine plumpe Bauernfängerei nennen. Es handelt sich ja doch hier nicht um eine Anerkennung, sondern nur einen Mißbrauch des Namens Luegers. Ganz anders sieht das Flugblatt der Mietervereinigung aus, wo auch auf die Versicherungsanstalt hingewiesen wird.

G.R. Brozyner stellt fest, daß die erfreuliche Entwicklung der Anstalt von der Minderheit anerkannt wird. Was die Valorisierung der Leibrenten anbelangt, so ist zu sagen, daß eine Entscheidung nur bei einer allgemeinen Erledigung dieser Frage und nicht gesondert herbeizuführen ist. Alle Versicherungsgesellschaften haben ihre Reserven in Staatsrenten und Kriegsanleihen angelegt gehabt. Diese sind entwertet worden. So können die Unternehmer nicht aus sich selbst heraus eine Valorisierung durchzuführen. Kein Institut konnte bisher aber etwas Ähnliches aufweisen wie die Versicherungsanstalt. Ein Betrag von 500 Millionen Kronen wurde in der letzten Kuratoriumssitzung bewilligt, um den Eltesten Leibrentnern zugute zu kommen. Mit Hilfe der Fürsorgeinstitute wird man die Auswahl treffen können. Dies ist wieder ein Beweis dafür, daß die Anstalt Opfer bringen will. Ueber die Art der Reklame kann man nur sagen, daß einzig und allein Tatsachen angeführt wurden. Denn schließlich wurde ja die Anstalt unter Lueger gegründet, ist ein städtisches Unternehmen, das von den gewählten Gemeinderäten aller Parteien verwaltet wird. Man kann also von einer sozialdemokratischen Verwaltung nicht allein sprechen.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iger berichtet über die Instandsetzung des Gehweges längs des Franz Josef Kais und der Rossauerlände über der Stadtbahndecke der Donaukanallinie. Der Zustand dieses Weges ist derart schlecht, daß die Arbeiten unbedingt notwendig geworden sind. Außerdem könnte im Winter das Schneewasser eindringen und die Anlagen der Stadtbahn

3
beschädigen. Nach Artikel 16 des Ueberkommens mit der Kommission für Verkehrsanlagen ist die Gemeinde verpflichtet, die Gehwege an der Donaukanallinie instandzuhalten.

G.R. Urban (chr. soz.) stellt fest, daß die Arbeiten, für die im Gemeinderat heute der Betrag bewilligt wird, bereits vollständig durchgeführt sind. Redner verlangt hierauf energisch die Reparatur des Gitters an den Gehwegen, weil sonst Unfälle unvermeidlich die Folge sind und die Sicherheit der Passanten auf das Schwerste gefährdet wird.

G.R. Iser sagt, daß die vorgebrachten Beschwerden an die zuständige Magistratsabteilung weitergeleitet werden.

Der Antrag des Gemeinderates wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt; der Referentenantrag wird angenommen.

G.R. Iser berichtet über den Bau eines Kanals in Ottakring. Bei diesem Bau haben sich große Schwierigkeiten ergeben; so vor allem ist dort ein sehr hoher Grundwasserstand und ein abschüssiges Terrain. Es muß daher ein Zuschußkredit von 48.000 S angesprochen werden. Dieser Betrag soll aus ersparten Summen bedeckt werden.

G.R. Zimmerl (chr. soz.) erklärt, daß der hier beliebte Vorgang der Ersparungen absolut unzulässig ist. Sie erzielen nun Ersparungen bei allen Verwaltungsgruppen. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde bei nicht weniger als sechs grossen Referaten eine Art der Bedeckung beschlossen, die ganz eigenartig ist. Es wurde uns nicht einmal gesagt, wo die Ersparungen erzielt worden sind, die nun zur Bedeckung der neuen Ausgaben dienen sollen. Sie lassen ganz einfach einen ganzen Volkswohnhäuserbau verschwinden oder bauen einige Kanäle nicht und bezeichnen das dann als Ersparnis. Auch auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung findet man eine Reihe solcher Referate. Dabei sind noch falsche Rubriken angegeben und Verwechslungen festzustellen. Man kann hier schon von einem ganzen Ersparungsspeisetzettel sprechen! Aber man weiss längst, wie das gemacht wird. Es scheint im Rathaus eine eigene Abteilung für Parteireklame zu bestehen. Da werden grosse Programme ausgearbeitet, um für die Arbeiterzeitung die grossen Artikel machen zu können. Dann aber sagt die Finanzabteilung, daß nicht so viel Geld da ist und das Programm wird eingeschränkt. Dann kommt man uns mit den Ersparungen! Das ist nichts anderes als die Nichterfüllung vorhergesagter Versprechungen (Beifall bei der Minderheit). Das ganze ist eine Augenauswischerei und diese Art der Bedeckung muss in der Stadtbuchhaltung einen Sauhaufen herrufen, der kaum mehr zu überbieten ist. Wagens der Minderheit muss ich ebenso höflich wie dringend an den Finanzreferenten die Anfrage richten, wann endlich der Rechnungsabschluss für das Jahr 1924, der doch schon seit 30. September fällig ist, vorgelegt werden wird. Schliesslich möchte ich noch feststellen, daß jetzt überhaupt kein einziger amtsführender Stadtrat im Saal ist, was einer Missachtung des Gemeinderates gleichkommt. Wenn Sie keine Gemeinderatssitzung haben wollen, dann machen Sie eine Unterhaltung, bei der dann Herr Bräuner noch die Lustbarkeitsabgabe einheben kann. Wir haben zu einer solchen Verwaltung kein Vertrauen und stimmen daher gegen den Antrag.

G.R. Iser erklärt, daß diese Ersparungen genau so wenig zu umgehen sind, wie Zuschußkredite. Insbesondere bei Kanalbauten kann man nicht so genau kalkulieren, weil man erst bei der Sperre sieht, ob der Grund des Kanals stark beschädigt sei. Die Abteilung verfolge daher den Grundsatz, etwas höhere Beträge anzusetzen, wodurch dann öfters Ersparungen entstehen. Würde das umgekehrt geschehen, dann hören wir doch immer von der Minderheit, daß Zuschußkredite verlangt werden. Es läßt sich in jedem einzelnen Fall leicht nachweisen, wo Ersparungen erzielt worden sind, und wie sie verwendet wurden.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Iser berichtet über den Sondervoranschlag für die Straßenerhaltung. Die dort eingesetzten Beträge haben sich infolge der gesteigerten Materialpreise als zu gering erwiesen, weshalb ein Zuschußkredit von 280.000 S beantragt wird.

G.R. Lehninger (Chr. soz.) führt Beschwerde über den Zustand der Straßen in Lainz und Speisäng. Insbesondere die Berghaidengasse sei derart vernachlässigt, daß in einem wohnlichen Dorf bessere Straßen vorhanden sind. In einer Sektion waren bis jetzt 25 Straßenarbeiter beschäftigt, die man bis auf sieben abgebaut hat. Wenn das so weiter geht, dann wird in Wien der Straßenkehrer bald eine Schenswürdigkeit sein. Es muß verlangt werden, daß auch in Wien die Straßen so gepflegt sind, wie dies einer Großstadt würdig ist.

G.R. Kunschak (chr. soz.) bezeichnet es als einen Skandal, daß im Sondervoranschlag für die Straßenpflege, diese Post unter einer anderen Bezeichnung enthalten ist, als dies in der heutigen Vorlage geschieht. Es ist daher leichtsinnig, wenn der Referent vorher behauptet hat, daß alles in Ordnung ist.

G.R. Iser erwidert, daß es auch der Mehrheit lieber wäre, wenn alle Straßen einwandfrei instandgesetzt werden könnten. Dazu reichen aber die Mittel nicht, da noch immer an den Kriegsschäden laboriert wird. Die Bezeichnung im Sondervoranschlag wurde während der Beratung des Voranschlages geändert, weshalb es unrichtig ist, wenn man behauptet, daß im Gemeinderat falsch referiert wird.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

G.R. Iser (Soz. Dem.) beantragt, für die Herstellung des Asphaltgehsteiges beim Kunsthistorischen Museum in der Babenbergerstraße und die Ausbesserung der Gehsteige in den anschließenden Straßenzügen einen Kredit von 9.500 S zu genehmigen.

G.R. Huber (chr. soz.) bemerkt es sei höchste Zeit, daß auch die Gemeinde Wien die ihr obliegenden Gehsteigreparaturen vornehmen lasse. Neuesten werden zur Bestreuung der Wege und der Uebergänge in den Straßen Wiens Asche und Kehrloht von Misthaufen aus den Vorstädten verwendet, wodurch die Gefahr von Seuchen wesentlich erhöht werde. Der Referent möge dafür sorgen, daß die Misthaufen aus dem Weichbild der Stadt überhaupt verschwinden und daß nur reiner Sand wie früher zur Bestreuung Verwendung finde.

Der Referent entgegnet, soweit es möglich sei, werde auch jetzt nur Sand verwendet. Von einer Infektionsgefahr durch den Mist könne wohl ernstlich nicht gesprochen werden, dieselbe Gefahr würde ja auch bei Sand bestehen. Immerhin wolle er die Anregung der zuständigen magistratischen Stelle übermitteln und es werde ihr sicher nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

G.R. Iser berichtet über den Antrag auf Bewilligung des Mehrfordernisses von 146.000 S für die Neupflasterung der Wattgasse von der Hernalserhauptstraße bis zur Lobenhauergasse.

G.R. Doppler (chr. soz.) bezeichnet das Referat als höchst ungenau und unklar und verlangt vom Referenten verschiedene Aufklärungen.

Der Referent entgegnet man könne nicht bei jeder Vorlage ein bis ins kleinste Detail reichendes Referat erstatten, das würde viel zu weit führen. Jedes Mitglied des Gemeinderates habe jederzeit Gelegenheit, sich durch Akteneinsicht genauen Aufschluß über die Sache zu verschaffen.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Schütz (soz. dem.) berichtet über den Antrag auf Baulinienbestimmung für das Gebiet zwischen der Sanatoriumstraße, Raimannstraße, Flötzersteig, Dehnegasse und Linzerstraße im XIII. Bezirk, das sogenannte Siedlungsgebiet Nr. 19.

G.R. Kunschak (chr. soz.) stimmt den Referate zu und kommt dann auf die Angelegenheit der Bretteldorfer und Bruckhaufner Siedler zu sprechen. Seit der Behandlung dieses Gegenstandes im Gemeinderate sind verschiedene neue Momente zu Tage getreten. Demals wurde gesagt, die Bretteldorfer- und Bruckhaufner hätten alles hinter dem Rücken der Gemeinde unternommen, die Gemeinde dürfe das wilde Bauen nicht zulassen. Aber die Gemeinde selbst müsse sich diesen Vorwurf machen, denn es werde oft für Baulichkeiten erst die Genehmigung eingeholt, wenn sie schon beinahe fertig sind. Man solle also mit den Siedlern nicht so streng ins Gericht gehen, wenn sie sich nicht genau an den Buchstaben der Verordnungen halten. Redner bemerkt, er habe, da gegen das Klostersneuburger Stift Vorwürfe erhoben worden sind, in die betreffenden Akten Einblick genommen und zu seinem Erstaunen gefunden, daß nun gegen die Stiftsverwaltung seitens der Gemeinde Drohungen vorgebracht werden. Seinerzeit habe das Stift auf den Wunsch des Bürgermeisters Remmann den Siedlern bei Abschluß der Pachtverträge entgegenkommen gezeigt und sich auch bereit erklärt, den Straßengrund unentgeltlich abzutreten. Das Bauamt hatte von der Anlage solcher Straßen in den beiden Siedlungen genaues Kenntnis. Und jetzt sage man dem Stift, daß die Baubehörde sich vorbehalten müsse, den Eigentümer der Pachtgründe für die Beseitigung der Objekte auf diesen Gründen haftbar zu machen. Ein solches Vorgehen sei ein Skandal sondergleichen. Kein Wunder wenn die Siedler noch immer sehr beunruhigt sind, daß sie von ihrem Grund und Boden vertrieben werden könnten. Und wer könnte es dem Stift verübeln, wenn es jetzt mit der Kündigung aller Pachtverträge vorgehen würde. Allerdings ^{werde} das Stift das Odium eines solch rücksichtslosen Vorgehens, daß ihm die Gemeinde indirekt zumute, nicht auf sich nehmen. Wenn behauptet wird, daß im Bretteldorf und im Bruckhaufen sanitätswidrige Unterkünfte sich vorfinden, so wolle Redner an einem Beispiel zeigen, daß im Stadtgebiete noch immer Wohnungen benützt werden, die längst als sanitätswidrig bekannt sind. Seit eineinhalb Jahren bemühe sich der Bewohner eines baufälligen Häuschens nächst dem Rudolfinerhause vom Bauamt eine menschenwürdige Wohnung zu erlangen. Dieser Herr Emil FINK werde vom Wohnungsamt immer wieder vertröstet, man habe ihm die Beistellung einer Wohnung oft und oft zugesagt, seine dermalige Behausung ist als sanitäts- und beugefährlich bezeichnet worden, es wurde der Delogierung zugestimmt, aber bis heute hat er nicht die versprochene Wohnung zugewiesen erhalten. (Entrüstungsrufe bei der Minorität und großer Lärm. G.R. Preyer: Das ist unerhört, niederträchtig man hat nur für polnische Juden Wohnungen! Und so eine Gesellschaft traut sich noch etwas von Wohnungsfürsorge zu sprechen.)

G.R. Kunschak: Im Bretteldorf und Bruckhaufen hat man während lang Kommissionen von Haus zu Haus geschickt zu dem Zwecke, die Leute von diesem Platz wegzubringen. Die Wohnungen wurden als baufällig und sanitätswidrig bezeichnet. Aber im ganzen Gebiete Bretteldorfs und Bruckhaufens ist kein Saustall in dem Zustande, in dem sich die Wohnung des Fink befindet.

Die weiteren Ausführungen des Gemeinderates Kunschak gehen unter großer Unruhe vor sich. Man hört von den Bänken der Minorität zahlreiche Zwischenrufe insbesondere Gemeinderat Preyer ruft mit lauter Stimme: Das Wohnungsamt gehört in die Luft gesprengt, das ist ja die reinste Parteinstitution.

G.R. Schütz weist darauf hin, daß in der großen Anzahl von 76 Siedlungsstätten nicht jedes sofort durchgearbeitet werden kann.

Die Gemeinde ist nach Kräften bemüht, die Wohnungsnot zu lindern.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Schütz berichtet über die Baubewilligung für die Errichtung eines Umspannwerkes der städtischen Elektrizitätswerke in der verlängerten Hütteldorferstraße und Moeringgasse im XV. Bezirk. Die Bauverhandlung ist anstandslos verlaufen.

G.R. Kunschak verweist darauf, daß dieses Gebäude bereits unter Dach gebracht ist und heute dem Gemeinderat zugemutet wird, eine Baubewilligung dafür zu erteilen. Man mutet uns etwas zu, was ein europäischer Skandal ist. Der Platz, wo das Umspannwerk errichtet werden soll, ist auf dem Grunde des ehemaligen Schmelzer-Friedhofes. Seinerzeit wurde dieser Grund für die Erbauung einer Bürgerschule und des städtischen Museums vom Ordinariate abgetreten. Nunmehr soll dort eine Industrieanlage errichtet werden, was ein deutlicher Widerspruch gegen die Vereinbarungen ist.

Antrag wird angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über die Lohnerhöhung und den Abschluß eines Arbeitsvertrages für das städtische Kalkwerk Hinterbrühl. Die österreichische Baugewerkschaft wünschte eine Erhöhung von dreißig Prozent, diese war jedoch nicht möglich und man einigte sich auf eine Erhöhung von 12 Prozent für Hilfsarbeiter und zehn Prozent für Professionisten.

G.R. Waldsam (chr. soz.) bemängelt einige Punkte im Arbeitsvertrag und stellt fest, daß einzelne Bestimmungen dem Gesetz direkt widersprechen. Er stellt Abänderungsanträge.

St. R. Speiser schließt sich diesen teilweise an, bemerkt jedoch, daß zu Abänderungen erst nach Fühlungnahme mit der Gewerkschaft geschritten werden kann und festgestellt ist, welche Punkte den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen.

Bürgermeister Seitz: Ich setze den Gegenstand von der Tagesordnung ab. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Wenn Sie ein so weitgehendes Entgegenkommen der Majorität und des Referenten mit Hohn behandeln, werden Sie die Sachlichkeit der Beratung beeinträchtigen. (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen.) Ich glaube, Sie verstehen mich schon. Ich kann im Interesse der Sache wünschen, daß jede Anregung, gleichgültig wer sie bringt, einer entsprechenden Würdigung begegne. (Beifall bei den Christlichsozialen.) Wenn aber die Sache mit Hohn behandelt wird, dann ist es schwer.

G.R. Speiser berichtet über die Aenderung des Kollektivvertrages für den städtischen Pferdefuhrwerksbetrieb mit einem Kostenaufwand von 5.220 S.

G.R. Doppler bezeichnet die gegenwärtige Art der Kebrichtabfuhr als noch immer mangelhaft, es fehle an genügendem Personal. Seine Beschwerden über Unzukümmlichkeiten seien bisher nicht berücksichtigt worden, noch immer lagern in den Vorstadt Häusern neben den Colonia-Kübeln Misthaufen, die eine direkte Seuchengefahr bilden.

Der Referent erwidert, daß die Umstellung auf das Colonia-System einer gewissen Probezeit bedürfe. Der Antrag wird sodann angenommen.

Stadtrat Speiser berichtet über den Antrag auf Bewilligung eines Kassenkredites von 50.000 S für die Ueberstunden anläßlich der Neuanlage der Konten im Steuerdienste.

G.R. Doppler will diese Gelegenheit benützen, den Referenten auf Unzukümmlichkeiten im städtischen Exekutionsamt aufmerksam zu machen. Hier sitzen in drei Sälen 250 Menschen zusammengepfercht, sie können sich kaum rühren, der Parteiverkehr ist ungeheuer stark. Der Referent verspricht Erhebungen zu pflegen.

Der Referentantrag wird sodann angenommen und die Sitzung um $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends geschlossen.

Bürgermeister Seitz: Einem alten Volksbrauch folgend, werden in den nächsten Tagen Hunderttausende hierherwandern, um ihre Toten zu grüssen und die Grabstätten zu schmücken. Sie werden eine grosse Veränderung sehen. Aus einem öden verwahrlosten Leichenfeld hat die Kunst des Gärtners einen schönen pietätvollen Friedhof gemacht. Meister Hanak, der grosse Künstler, hat den toten Soldaten ein Denkmal gesetzt. Nicht jenen allein, die hier ruhen, sondern allen Opfern des Weltkrieges, gleichgültig ob sie in den Schluchten, Wäldern und Tälern Serbiens oder der Karpathen, in den Steppen und Sümpfen des Nordens ihr Leben aufgeopfert haben, ob ihre Leiber in den Lüften zerrissen oder ins Meer versenkt worden sind: Allen, allen Opfern des Krieges gilt dieses Denkmal. Dadurch erinnert es auch an das Denkmal des namenlosen Soldaten, des Soldaten schlechthin. Wenn wir diesen feiern, dann gewiss nicht im Sinne einer Verherrlichung seiner Funktion, im Sinne einer Huldigung für das Handwerk des Krieges und für die Gewalt, wir huldigen ihm nicht als dem Werkzeug, sondern als dem Opfer des Krieges, das sterben musste. Das Wort, das an der einen Seite des Denkmals sagt: Nie wieder Krieg!, das ist der Schrei der gesamten Kulturmenschheit, ein Schrei der Kultur und Zivilisation über die Barbarei des Krieges, ein Schrei des Volkswirtes gegenüber dem wahn-sinnigen Glauben, dass man eine Wirtschaft durch Krieg heben könne, ein Schrei aller vernünftigen Politiker über den Unsinn, dass ein Staat durch den Krieg gewinnen könnte, ein Schrei aller Hygieniker über den Wahnsinn, dass ein Volk aus dem Krieg gesund und gestärkt aus dem Krieg hervorgehen könne, ein Schrei der Erzieher über die Degeneration unserer Jugend und ein Schrei aller moralisch Empfindenden über die Heuchelei und Verderbtheit, die der Krieg zeugt. „Nie wieder Krieg!“ müsste zur Parole der gesamten Menschheit werden, müsste überall erklingen wo Man Moral und Recht höher schätzt als Gewalt und Rohheit.

In diesem Sinne wollen wir das Denkmal weihen, in diesem Sinne bitte ich es zu enthüllen.

Nach diesen Worten des Bürgermeisters fiel die Hülle und das Denkmal zeigte sich in seiner ganzen erschütternten Wucht. Mit einem Trauerchoral, der von der Musikkapelle der Bediensteten der städtischen Berufsfeuerwehr vorgetragen wurde, wurde die schlichte Feier beendet.